

Es ist fatal, wie stark selbst in der Union die antidemokratischen Absichten der „Sozialisten“ unterschätzt werden

Kein Pardon für die PDS

Vera Lengsfeld

„Sozialistinnen und Sozialisten wollen ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern und sich selbst nicht die Freude an schönen Dingen nehmen.“ So steht es im von der Programmkommission der PDS vorgelegten Thesenpapier für ein neues Parteiprogramm. Angenehm wird die Auseinandersetzung mit der PDS trotz dieser hedonistischen Anwendung nicht werden, denn solche Sätze entlarven viel, und zwar alles andere als politische Harmlosigkeit.

Die PDS befindet sich in einer strategischen Falle, aus der sie sich mit immer neuen Manövern herauszuwinden sucht. Zunächst muss sie sich erfolgreicher darstellen, als sie tatsächlich ist. Ihre Wahlerfolge 1999 im Osten waren deutlich, aber nicht Aufsehen erregend. Sowohl in Brandenburg und Thüringen als auch in Sachsen haben die „Sozialisten“ bei den Landtagswahlen im Vergleich zu 1995 beziehungsweise 1994 absolut dazugewonnen, im Vergleich zu den Bundestagswahlen 1998 aber verloren, und dies sogar erheblich: in Sachsen etwa 100 000 Stimmen, in Brandenburg fast 60 000 Stimmen. Solche Vergleiche sind problematisch, aber sie zeigen, dass die PDS keineswegs, wie die Medien suggerieren, auf dem Vormarsch ist. Nur in Berlin konnte die PDS 14 000 Stimmen im Vergleich zur jüngsten Bundestagswahl hinzugewinnen.

Die PDS ist eine alte Partei, was ihre Mitglieder wie ihre Wähler betrifft. In Sachsen hatte die PDS im Dezember 1999 etwa 25 000 Mitglieder; 1994 waren es noch fast 33 000 gewesen. 69 Prozent der sächsischen PDS-Mitglieder sind älter als sechzig Jahre, nur drei Prozent unter 36 Jahre jung. In der PDS Sachsen gibt es dreimal so viele Mitglieder über neunzig Jahre wie Mitglieder unter 25 Jahre. Zwei entscheidende Ziele hat die PDS nicht erreicht: Zunächst ist die parlamentarische „Westausdehnung“ gescheitert. In Schleswig-Holstein wurde das sehr deutlich. Die PDS ist ihrer Herkunft wie ihrem Selbstverständnis nach eine „Ostpartei“. Der Versuch, die extreme, unabhängige West-Linke, eine „plurale Linke“ zu integrieren, hat die PDS (eigentlich eine kleinbürgerliche Miefpartei und sowohl habituell als auch ideologisch alles andere als eine „bunte Truppe“) bisher überfordert. Die neue Taktik heißt: Annäherung an die SPD und an die Grünen, um deren Fundamentalisten zu sich herüberzuziehen. Angesichts der liberalen Versatzstücke in diesen Parteien benötigt die PDS ein „westliches“ Gesicht. Das neue Programm soll äußerlich eine Anpassungsbewegung vollziehen. In der Vorlage der zuständigen Kommission heißt es: Sozialismus, Demokratie und „ein Denken, das die Fortschrittspotenziale des

Kein Pardon für die PDS

Liberalismus aufnimmt“, sollten unauflöslich zusammengeführt werden. Die PDS koppelt sich scheinbar von ihrer totalitären Vergangenheit ab; unter der Maske Godesberger Begrifflichkeit („demokratischer Sozialismus“) fordert sie, die „Deutungsmacht der Begriffe Moderne und Modernisierung dürfen nicht neoliberaler Hegemonie überlassen bleiben“. Was sie damit meint, bleibt letztlich nicht unklar, denn die PDS verkauft stets alten Wein in neuen Schläuchen. Von „sozialer Entbändigung des Kapitalismus“ ist geschwollen die Rede. Die Sozialisten hielten den Grundsatz der Gleichheit hoch und zielten darauf, „die in den Eigentumsverhältnissen wurzelnden kapitalistisch geprägten Machtstrukturen... zu überwinden“. Die Wirtschaft solle streng reguliert werden, und diese schwammige Zumutung will sogar ein Zugeständnis sein: Immerhin werde „von manchen in der PDS bezweifelt“, dass Regulierung „ein hinreichend radikaler Ansatz für die künftigen Kämpfe ist“. Die PDS ist in ihrer ideologischen Substanz die SED, partiell sogar die KPD. Das verrät sich in Programmsätzen wie diesem: Es gelte, „die Institutionen der gegenwärtigen Gesellschaft so zu nutzen, zu transformieren und solche Akteure darin zum Wirken zu bringen, dass das Ergebnis... einer neuen Entwicklungslogik Chancen eröffnet“. Leninistisch heißt das: Selbst in „reaktionärsten“ Parlamenten legal arbeiten; kommunistische Politiker nämlich, die nicht verstünden, zu lavieren, zu paktieren, im Zickzack vorzugehen, Rückzüge anzutreten, Übereinkommen und Kompromisse zu schließen, seien keinen Pfifferling wert. Lenin formulierte dies so: „Wir müssen zur Taktik des Abwartens, zum langsamen Sammeln der Kräfte unsere Zuflucht nehmen, wenn die objektiven Umstände uns keine Möglichkeit geben, zum

allgemeinen, schonungslosen Gegenstoß aufzurufen.“

Das Verhältnis zur radikalen Linken ist für die CDU von grundsätzlicher Bedeutung. Gysi ging den ersten kokettierenden Schritt auf die CDU zu: Er wolle den Kalten Krieg „gemeinsam mit der CDU“ beenden – und das muss er wollen, denn das alte PDS-Reservoir ist erschöpft. Die Partei muss Bündnispartner suchen, zumindest potenzielle. Als ewige Opposition wird sie keinen macht- und karrierebewussten Nachwuchs an sich binden können. Die letzten Gewinne der PDS in den Ländern aber gingen einzig zu Lasten der SPD. Das linke Lager in den neuen Ländern ist nicht gewachsen, sondern geschrumpft.

„Das Rostocker Manifest“

Soll die Union, der eine wichtige programmatische Diskussion bevorsteht, den deutschen Kommunisten helfen, indem sie die PDS zur „normalen“ Partei erklärt? Soll die CDU linksdemagogische Konzepte als „demokratische“ akzeptieren und behandeln? Was hat sie dabei zu gewinnen? Die Trennung der PDS von ihren Wählern ist Augenschere: Es sind meistens überzeugte Wähler – und sie sind auf absehbare Zeit nicht für die CDU zu gewinnen, es sei denn, die Union entschiede sich für „Sozialismus statt Freiheit“. Die Wähler der PDS sind reformfeindlich – welchen Preis will die Union zahlen, um ihnen zu gefallen? Erneuerung der CDU darf im zehnten Jahr der deutschen Einheit nicht bedeuten: Aufgabe der strikten Unvereinbarkeit mit der PDS-Ideologie.

Im „Rostocker Manifest“ der PDS von 1998 heißt es über den politischen Herbst 1989, dass „anstelle erhoffter demokratischer Selbstbestimmung das Diktat durch die

herrschende politische und wirtschaftliche Klasse der Bundesrepublik“ eintrat. Sie hat solche Thesen nie zurückgenommen. Die PDS versteht sich als „systemoppositionelle Partei“, so Helmut Holter, Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern. Wo also soll die „punktuelle Zusammenarbeit“ zwischen CDU und PDS stattfinden, von der Heiner Geißler, der freilich auch den Antikapitalismus der PDS richtig findet, spricht? Wie das seltsame CDU-Wort von der „Neubewertung“ der PDS in den deutschen Medien transportiert wurde, das hätte man wissen können und müssen. Die Debatte um das Verhältnis von CDU und PDS hat nur einer Seite genutzt: Die PDS war ohne Zweifel öffentlich aufgewertet. Die CDU, so interpretierte Parteichef Bisky, müsse die „Sprache des Kalten Krieges“ aufgeben, den „Weg zur Normalität“ beschreiten, denn ihre Strategie der Ausgrenzung sei gescheitert. Die PDS feierte die Ankündigung, die CDU hätte zurückgefunden zum Streit um Inhalte und Konzepte. Gysi konnte in frecher Verkehrung der Wirklichkeit behaupten, die Polemik der Union gegen die PDS hätte die deutsche Einheit keinen Schritt weitergebracht.

Tatsächlich führte und führt die Union die Auseinandersetzung stets aktuell: Es liegen genügend Analysen über offene und versteckte PDS-Strategien vor. Dass diese Aufklärung vergangenheitsbezogen wirkt, mag daran liegen, dass die PDS eben tatsächlich das „Konzentrat der SED“ (Peter Hintze) ist, auch hinsichtlich ihrer Programmatik. Es geht nicht bloß um den Mangel an Finanzierungssinn. Die PDS will die „Vergesellschaftung des Kapitals“, das meint: Enteignung. Es ist fatal, wie stark die antidemokratischen Absichten der „Sozialisten“ unterschätzt werden. Die PDS ist eine linksextremistische Partei, ihr Staatsideal ist die Diktatur.

Manche Stimme in der CDU meint unverdrossen, man solle Rücksicht auf die „verletzte ostdeutsche Seele“ nehmen; die CDU setze mit ihrem Kurs „ostdeutsche Biografien“ herab. Wer so spricht, verstrickt sich in die Propagandawelt der PDS. Nicht „der ehemalige DDR-Bürger“, der CDU wählt und damit den Ost-Alleinvertretungsanspruch der PDS zur bloßen Phrase erklärt, sondern Politiker, die jene Thesen vertreten, haben wohl ein „angekränkelt Selbsterbewusstsein“, das in PDS-Manier einer ganzen Bevölkerung eingeredet werden soll.

Die PDS versucht, das politische System der DDR vom früheren Privatleben der „DDR-Bürger“ zu trennen. Und über diese angeblich angefeindete Identität einer „DDR-Biografie“ baut man insgeheim wieder eine Systembejahung auf. Falsche Oppositionen werden benutzt: „Demokratie“ gegen DDR-Gemütlichkeit, Pluralismus gegen Selbstachtung. Politische, mentale, kulturelle Differenzen in Deutschland werden vermischt. Die PDS gewinnt allein aus ihrer zynischen Larmoyanz politische Stärke, gebärdet sich infam als Anwalt der deutschen Einheit. Wer sich von dieser Demagogie anstecken lässt, bedient die gleichen Affekte wie die radikale Linke.

Wo fehlen uns etwa die einstigen SED-Funktionseleiten? Das Wort von der mangelnden „Barmherzigkeit der CDU“, gar vom „Eindreschen“ auf Ex-Nomenklaturkader geht völlig an der gesellschaftlichen Wirklichkeit vorbei: Die „alten“ Eliten sind meist beruflich wieder auf die Füße gefallen, oder sie bekommen Sonderrenten; sie partizipieren jedenfalls am Wohlstand des Kapitalismus. Lenin sagte: „Nur Schuft und Idioten können sich einbilden, dass das Proletariat erst die Majorität haben muss in Wahlen“; es werde bei passender Gelegenheit die Staatsgewalt an sich reißen.